

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 28.01.2019

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Dirk Franke
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke

Vertreter für Ratsfrau Karin Hertes

Vertreter für Ratsherrn Lothar Hellwig/
anwesend ab 17:05 Uhr

Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß
Ratsherr Sebastian Wagemeyer

Vertreter für Ratsherrn Jan Eggermann

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsfrau Britta Rogalske
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

anwesend ab 17:02 Uhr

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Herr Hans Jürgen Badziura
Frau Kerstin Kotziers
Frau Martina von Schaewen
Herr Martin Haase
Herr Winfried Lütke-Dartmann
Frau Heike Müller

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:13 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

- 2. Planfeststellungsverfahren für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Kruckel - Dauersberg, Bl. 4319, Abschnitt B von Iserlohn, Pkt. Ochsenkopf bis Pkt. Attendorn, EnLAG-Vorhaben Nr. 19 hier: Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der Behördenbeteiligung
Vorlage: 006/2019**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der geplanten Trassenführung wird unter dem Vorbehalt des ökologischen und forstlichen Ausgleichs bis auf die Leitungsführung im Bereich Wettringhof zugestimmt. Hier fordert die Stadt Lüdenscheid die Bezirksregierung als Planfeststellungsbehörde auf, den zwischen der Fa. Amprion und der Stadt Lüdenscheid im Jahr 2012 vereinbarten Abstand von 118 m zum Ostrand der Wohnbebauung Wettringhof zu realisieren. Die Übernahme der DB-Leitung auf die neue Leitung wird ausdrücklich begrüßt.

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine entsprechende Stellungnahme im Verfahren bei der Planfeststellungsbehörde abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18

3. Nutzungs- und Veranstaltungskonzept für die Veranstaltungsplätze in der Lüdenscheider Innenstadt Vorlage: 002/2019

Bürgermeister Dzewas weist zunächst darauf hin, dass es sich bei dem Nutzungs- und Veranstaltungskonzept für die Veranstaltungsplätze in der Lüdenscheider Innenstadt um keine Satzung handle. Des Weiteren habe er der Presse entnommen, dass der Wunsch bestehe, die Beschlussvorlage zu vertagen, damit diese in den Fraktionen intensiver beraten werden könne.

Die bei der Erstellung an dem Konzept beteiligten Mitarbeiter/-innen stünden den Fraktionen für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Des Weiteren wolle er darauf hinweisen, dass es bei dem Konzept nicht nur um die Belange einzelner Anwohner/-innen sondern um die generelle Frage der Abwägung verschiedener Belange, zum Beispiel bei unterschiedlichen Interessen von Veranstalter/-innen, ginge. Das vorgelegte Konzept führe zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit bei eventuellen Klageverfahren.

Im Anschluss erläutert Frau von Schaewen vom Fachdienst Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung Einzelheiten. Das Konzept lege transparent den Entscheidungsrahmen fest. Pro Jahr dürften nur noch 18 Veranstaltungen auf einem Platz in der Innenstadt stattfinden. Bei zum Beispiel 25 Anmeldungen in einem Jahr würde dann die Attraktivität der Veranstaltungen das wichtigste Kriterium sein. Die Veranstaltung sollte einen breiten Personenkreis ansprechen. Des Weiteren beinhalte dieses Konzept die vom zuständigen Ministerium erlassenen Lärmschutzhinweise.

Ratsherr Breucker erkundigt sich, ob die 18 Veranstaltungen pro Jahr für jeden der drei Plätze gelten würden oder ob insgesamt nur 18 Veranstaltungen in der Innenstadt pro Jahr zulässig seien.

Frau von Schaewen teilt hierzu mit, dass pro Platz 18 Veranstaltungen im Jahr stattfinden könnten.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass dies aus dem Konzept nicht deutlich hervorgehen würde. Er bäte um entsprechende Konkretisierung.

Auf die Nachfrage von Ratsherrn Thomas-Lienkämper erwidert Frau von Schaewen, dass Nischenveranstaltungen auch Berücksichtigung finden sollten. Diese Veranstaltungen müssten aber nicht zwingend auf dem Sternplatz sondern könnten gegebenenfalls im Rosengarten stattfinden.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass der Verein Onkel Willi & Söhne eine Stellungnahme zu dem Nutzungs- und Veranstaltungskonzept eingereicht habe. Diese Stellungnahme würde den Fraktionen für ihre Beratungen zugehen.

Ratsherr Fröhling teilt unter anderem mit, dass die CDU-Fraktion der Meinung sei, dass das Konzept stark regulierend wirke. Eine Klarstellung im Konzept, dass 18 Veranstaltungen im Jahr pro Platz erlaubt seien, sei wünschenswert. Ebenfalls sähe seine Fraktion kritisch, dass das Bühnenprogramm grundsätzlich um 22.00 Uhr - bis auf die zwei genannten Ausnahmen - auf allen Veranstaltungsplätzen enden müsse. Dieser Punkt solle noch einmal

dahingehend diskutiert werden, ob hier explizit weitere Ausnahmen vorgesehen werden könnten.

Des Weiteren müsse der Bürokratieaufwand für die erforderlichen Kontrollen berücksichtigt werden. Bei der Umsetzung des Konzeptes, sei es vorstellbar, dass hierfür ein bis zwei zusätzliche Stellen erforderlich würden.

Um diese Punkte im Vorfeld diskutieren und klären zu können, beantrage die CDU-Fraktion, die Vorlage zur Beratung zurück in die Fraktionen zu geben.

Ratsherr Holzrichter führt unter anderem aus, dass er das Interesse der Verwaltung für mehr Rechtssicherheit bei der Auswahl von Veranstaltung zu sorgen, verstehen könne.

Er halte es aber für sinnvoll, Bedenken der betroffenen Veranstalter/-innen und Anwohner/-innen zu berücksichtigen, um ein einvernehmliches Regelwerk etablieren zu können. Die FDP-Fraktion unterstütze daher den Wunsch nach einer nochmaligen Diskussionsrunde mit den Beteiligten.

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass der Abstimmungsprozess auch unter Beteiligung der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH erfolgt sei.

Ratsherr Voß teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Nutzungs- und Veranstaltungskonzept in der heutigen Sitzung zugestimmt hätte. Den Antrag der CDU-Fraktion auf nochmalige Beratung der Vorlage in den Fraktionen würde seine Fraktion mittragen. Die erneute Beratung könne in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses oder des Rates erfolgen. Er bäte aber die Fraktionen CDU und FDP ihm vorgesehene Änderungen des Konzeptes rechtzeitig vor einer SPD-Fraktionssitzung zukommen zu lassen, damit diese hierüber beraten könne.

Abschließend teilt Bürgermeister Dzewas mit, dass der Punkt nach den Beratungen in den Fraktionen erneut wieder aufgerufen würde.

4. Mündlicher Bericht; Regionale 2025

Fachbereichsleiter Reuver berichtet, dass die Verwaltung vor circa eineinhalb Jahren bereits ein Projekt für den Bereich Grundschule einschließlich Kindertagesstätte für die Regionale 2025 entwickelt habe. Dieses Projekt habe aber keine allgemeine Zustimmung gefunden und sei daher zurückgestellt worden.

Nun habe sich kürzlich eine fraktionsübergreifende Initiative mit dem Ziel, ein Bildungsprojekt im Rahmen der Regionale 2025 zu platzieren, gebildet.

Anschließend stellt er anhand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift) das Projekt für Lüdenscheid vor.

Als Projektbereich biete sich die „Digitale Bildung“ im Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ an. Zentraler Inhalt sei hier die Erarbeitung eines Bildungsprojekts, welches den digitalen Wandel in der Bildungslandschaft aktiv gestalte.

Eine Projektidee sei bereits die „Denkfabrik Digital“, die durch die Akteure der Denkfabrik initiiert werde. Dieses Projekt sei in dem Bereich „Digitale Kompetenzlandschaft“ im Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ angesiedelt.

Beide Projekte ließen sich miteinander verknüpfen.

Die federführende Konzeptionierung und Prozesssteuerung für eine herausragende Idee zur Bewerbung zum 1. Stern der Regionale 2025 solle extern ausgeschrieben werden. Die entsprechenden Haushaltsmittel seien im Haushalt 2019 eingestellt.

Die Vergabe an ein externes Unternehmen erfolge im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb. Maximal fünf Unternehmen würden nach Sichtung der

Qualifikation und Eignung zur Abgabe eines Angebotes und eines ersten Grobkonzeptes aufgefördert.

Abschließend wolle er auf die Zeitplanung für das vorgesehene Vergabeverfahren hinweisen.

Er bäte den Hauptausschuss der dargestellten Vergabe in der heutigen Sitzung zuzustimmen, damit diese zeitnah erfolgen und dem Rat in seiner Sitzung am 08.04.2019 eine Beschlussvorlage zur Auftragsvergabe vorgelegt werden könne.

Nach der sich anschließenden Aussprache stimmen die Mitglieder des Hauptausschusses dem vorgeschlagenen Vergabeverfahren einstimmig zu.

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Geplanter Ausfall des ICE-Halts in Hagen

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass mittlerweile ein Antwortschreiben der Deutschen Bahn AG auf die gemeinsame Resolution des Landrates und der Bürgermeister/-innen des Märkischen Kreises hinsichtlich der Planungen, den ICE-Halt am Hauptbahnhof Hagen auf der Strecke zwischen Köln und Berlin für mehrere Monate nicht anzufahren, eingegangen sei. Die Deutsche Bahn AG habe mitgeteilt, dass diese Planungen umgesetzt würden. Das ausführliche Schreiben würden die Fraktionen zur Kenntnis erhalten.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen aus vorherigen Sitzungen vor.

5.3. Anfragen

5.3.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.01.2019 und deren Beantwortung; Sportbodenerneuerung Turnhalle Kalve

Bürgermeister Dzewas trägt die Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.01.2019 hinsichtlich der Sportbodenerneuerung in der Turnhalle Kalve sowie die entsprechende Beantwortung der Zentralen GebäudeWirtschaft vor.

Die Anfrage und die Beantwortung sind der Niederschrift als Anlagen 2 und 3 beigefügt.

gez. D. Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin